

„Der geheime Plan der Grünen zur Bundestagswahl!“

von Dr. Michael Grandt

Quelle: Newsletter vom 26.03.2017 von WatergateTV

Die Grünen-Forderungen haben es in sich. In Wirklichkeit steckt hinter dem Wahlprogramm der radikale Umbau unserer Gesellschaft ...

Die Grünen wollen unsere Gesellschaft auf den Kopf stellen und uns vollends in eine offene Feministen- und Multi-Kulti-Gesellschaft führen. Mit unglaublichen Forderungen will die Moralapostelpartei die Werte unserer Kultur bestimmen

Ich konzentriere mich jetzt auf die wichtigsten Punkte, wie dieser radikale Umbau vor sich gehen soll:

► **Noch mehr Steuern für „Fleißige“**

Die Grünen sind wie die Linken einer der Hauptvertreter der „Neiddebatte“, die da heißt: Fleißige werden bestraft, nicht so Fleißige subventioniert. Das zeigt sich vor allem in der ihrer geplanten Steuerpolitik:

- Einführung einer Vermögenssteuer
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Kapitaleinkünfte sollen einkommenssteuerpflichtig werden (von jetzt 25 Prozent bis 42 Prozent)
- Erhöhung der Erbschaftssteuer
- Einführung einer Reichenbesteuerung
- Abschaffung des Ehegattensplittings

Und das, obwohl wir alles wissen, dass die gesetzliche Rente nur noch ein Sozialhilfe-Niveau erreicht hat und der Staat seit Jahren propagiert, die Menschen sollen eine private Altersvorsorge aufbauen. Chapeau!

Um diese Steuern auch einzutreiben, soll sogar eine bundesweite Steuerfahndung mit Spezialeinheiten geschaffen werden! Sie sehen also: Fleißige werden bestraft. Dagegen sollen „Faule“ noch mehr subventioniert werden.

► **Noch mehr Gelder für „Faule“**

Es gibt Menschen, die ruhen sich in der sozialen Hängematte aus. Das sind natürlich nicht alle, aber ihr Anteil ist nicht wegzudiskutieren. Die Grünen wollen das Geld der „Fleißigen“ so umverteilen:

- Hartz-IV verbessern
- Höhere Hartz-IV-Bezüge
- Bedarfsgemeinschaften abschaffen
- Einen eigenen Hartz-IV-Regelsatz für Kinder und Jugendliche schaffen (der höher ist als bisher)
- Mehr Möglichkeiten, zu Hartz-IV hinzu zu verdienen
- Die Sanktionen durch Jobcenter und Arbeitsagenturen beenden und stattdessen auf „Motivation“ setzen (wieso ist das nötig, wenn doch die meisten arbeiten wollen?)
- Bereits nach vier Monaten Beschäftigung soll es einen Anspruch auf ALG I geben.

► **Feminismus pur!**

Für 2017 ist das „*feministische Kampfbjahr*“ ausgerufen. Für viele grüne Feministinnen stößt Mutterschaft und ein Leben mit Kindern auf Zurückhaltung und sogar Ablehnung. Begründung: Berufliche Selbstbestimmung, Durchsetzungsvermögen und Unabhängigkeit scheinen für viele „*emanzipierte*“ Frauen mit Kindern nur schwer möglich zu sein.

Die Erwerbstätigkeit steht für viele Frauen über der Mutterschaft, denn der berufliche Konkurrenzkampf mit dem Mann und mit der finanziellen Unabhängigkeit ist hart. Die Selbstbestimmtheit (für mich: Egoismus) und Freiheit der Frau steht über allem. Damit die Kinder besser „abgegeben“ werden können, haben die Grünen dementsprechende Forderungen:

- Betreuungsgarantie für Kinder ab einem Jahr
- Ganztägige Kinderbetreuung
- Flächendeckende Ganztagschulen
- Recht auf Anerkennung für Regenbogenfamilien, in denen Kinder mit zwei Müttern oder zwei Vätern leben.

Kinder, die eine Mutter bis zum dritten oder vierten Lebensjahr brauchen, scheint es für die Grünen nicht zu geben. Kinder werden so früh wie möglich abgegeben, damit die emanzipierte Frau auch noch ihrer Karriere nachgehen kann. Schöne neue Welt, die da heißt: die Zerstörung der herkömmlichen Familie.

► **Mehr Migration und mehr Einwanderung**

Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund sind für die Grünen natürlich eine interessante Wählergruppe. Demzufolge dürften auch ihre Forderungen in diesem Bereich verstanden werden:

- Mehr Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden, einzuwandern. Dies soll unter anderem durch einfachere Visaverfahren und Rückkehrmöglichkeiten geschehen.
- Der Familiennachzug soll erleichtert werden und das ohne Sprachtests im Herkunftsland.
- Ebenso setzen sie sich für eine „großzügige Bleiberechtsregelung“ ein.
- Auch Menschen ohne Aufenthaltsrechts soll der Zugang zu medizinischer Grundversorgung ermöglicht werden und Kinder ungehindert Schulen und Kindergärten besuchen dürfen (die Kosten trägt natürlich der Steuerzahler) oder noch radikaler:
- „Flüchtlingen muss von Anfang an der Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen, Integrationskursen, Spracherwerb und Kommunikationsmedien ermöglicht werden.“

Und mit der nächsten Forderung lassen die Grünen die Katze dann aus dem Sack:

- Mehr politische Teilhabemöglichkeiten, etwa über die Zulassung des Kommunalwahlrechts für MigrantInnen

Auf diese Weise will die Partei Einwanderern eine Perspektive geben und sich selbst wohl ein höheres Wählerpotenzial beschaffen.

Sie sehen: Hinter den Wahlprogrammen der Grünen steckt ein radikaler Umbau unserer Gesellschaft.

→ Gott bewahre, dass diese Partei je eine Regierungsverantwortung trägt!